

DER MALER

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Erscheint Sonnabends. Bezugsspr. 3 M., u. Arenab. 4 M. viertelj. Schriftl. u. Geschäftsst.: Hamb. 36, Alter-Terrasse 10. Spfr.: Nordsee 8248, Postsch.: Vermögensverw. d. Verb. Hamb. 11598
46. Jahrgang **Hamburg, 23. April 1932** Nummer 17

An die Arbeiter der ganzen Welt!

Am 1. Mai, dem hohen Feiertag der Arbeit, erhebt der Internationale Gewerkschaftsbund seine Stimme, um den hehren Gedanken der internationalen Solidarität aufs neue und aufs nachdrücklichste zu bekunden.

Allüberall hin, über alle Schranken und Grenzen hinweg, möge dieser Ruf ertönen, ein Kampf ruft, der alle Kräfte der Arbeiterschaft im Kampfe gegen den Kapitalismus stärken soll. Alle sollen sich dessen bewusst werden, daß es noch eine Kraft gibt, die imstande ist, die Gesellschaft vor dem Untergang zu bewahren, sie aus höchster Not zu erlösen und eine neue Welt zu schaffen. Das noch bestehende kapitalistische Wirtschaftssystem kann kaum noch als das herrschende angesehen werden, da es die Herrschaft über die eigenen Produktionsmittel, über die Technik und seinen Güteraustausch verloren hat. Der sich seiner Wirtschaftlichkeit rühmende Kapitalismus ist zum größten Vergeuder geworden. In den Händen der Kapitalistenklasse wurde die Technik zum Fluche. In ihrer Raslosigkeit zerstören die Leiter der heutigen Wirtschafts- und Staatspolitik durch Abschneidung und Aufriechung neuer Schranken die Reichtümer, die der Kapitalismus selbst geschaffen hat. Er vermag die ruhenden Arme nicht mehr in Bewegung zu setzen und dabei verrotten seine Maschinenanlagen.

Es gilt an diesem Feiertag der Arbeit, unsern unbewingbaren Willen zum Ausdruck zu bringen, unsern Arbeitsbrüdern, die außerhalb des Arbeitsprozesses stehen, Arbeit zu verschaffen. Alles, was diesem Zwecke dienlich ist, muß getan werden; deshalb erhebt der Internationale Gewerkschaftsbund die Forderung nach einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung und der Einführung der 40-Stunden-Woche. Gleichzeitig muß alles aus dem Wege geräumt werden, was der Behebung

der Arbeitslosigkeit hinderlich ist. An Stelle der Fehltrationalisierung trete planvolle Leitung, Zusammenschluß erfahre Abschneidung, Menschenökonomie beseitige Verwüstung und Brachlegung der Arbeitskraft. Im Namen seiner 14 Millionen Mitglieder und für die 25 Millionen Erwerbslosen in der

Was ist unser Verband?

Unser Verband ist die große Schicksals- und Kampf-gemeinschaft aller im Maler-, Lackierer-, Anstreicher-, Tüncher- und Weißbindergewerbe beschäftigten Gehilfen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter. Ein nach den Verhältnissen aufgebautes Verwaltungssystem sorgt für schnelles und reibungsloses Arbeiten aller Instanzen.

Mit dem Verband als Machtinstrument müssen alle Gegner rechnen,

was die Mitglieder des Verbandes mit Stolz und Freude erfüllt. Jahrzehntelanger Kampf um seine Anerkennung durch die Arbeitgeber und gegen die damals noch den Gewerkschaften feindlich gegenüberstehenden Regierungsgewalten hat den Verband zu einem harten Stütz werden lassen, der nicht mehr gesprengt werden kann. Alle Glieder des Verbandes sind aufs innigste vereint.

Nach dem Kriege hat die Jugendorganisation eine besondere Bedeutung erlangt, sie bedarf auch weiterhin unserer energischen Unterstützung.

Jedes Mitglied kann durch fleißige Werbearbeit zur weiteren Kräftigung unserer Organisation beitragen. Stets sei die Losung:

**Den Gegnern zum Trutz,
der Organisation zum Schutz!**

Willy Bartuk

Welt fordert der Internationale Gewerkschaftsbund, daß aus dem Versagen der kapitalistischen Wirtschaft die zwingenden Folgerungen gezogen werden.

Am Feiertag der schöpferischen und werteschaffenden Arbeit erheben wir die Forderung nach Beseitigung der unproduktiven Militärrüstungen, die in sich selbst eine ständige Gefahr des Krieges und seiner Schrecken bedeuten. Den Ruf „Nie wieder Krieg! verstärken wir durch die Parole: Vernichtet die Mittel des Krieges! Die Welt darf nicht den Dividenden der Rüstungsindustrie geopfert werden. Alle Völker müssen sich gegen ihren gemeinsamen Feind wenden: die Rüstungsindustrie. Wir rufen das Gewissen der Menschheit im Namen der Millionen Kriegsoffer wach. Der Profitgier der Waffenfabrikanten, die von Tod und Zerstörung leben, setzen wir den entschiedenen Friedenswillen der Werktätigen und Schaffenden entgegen.

Noch nie ist so klar wie in dieser Krisenzeit, die mit der Gefahr des Krieges und des Faschismus schwanger geht, die gegenseitige Abhängigkeit der Völker und die Notwendigkeit internationaler Solidarität zutage getreten, und noch nie hat sich so unabweisbar die internationale Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme aufgedrängt.

Ehriger und entschlossener als je muß das internationale Proletariat in dieser Zeit sein; denn von niemand anderem als von ihm selbst wird der Anstoß zur Bessergestaltung der Dinge erwartet.

Gegen Krieg, Munitions- und Rüstungs-kapitalismus!

Für Frieden, Völkerverständigung und Abrüstung!

Gegen kapitalistische Anarchie, Arbeitslosigkeit und Hunger!

Für planmäßige Gemeinwirtschaft, Arbeit und Brot für alle!

Der Internationale Gewerkschaftsbund.

Der Krisenkongreß des ADGB in Berlin

Der ursprünglich für den 23. März vorgesehene Krisenkongreß hat nun am 13. April getagt. Mit Spannung hat insbesondere die Arbeiterschaft in Deutschland, aber darüber hinaus das ganze deutsche Volk, ja, auch das Ausland, an diesem Tage nach Berlin geblickt. Welche Forderungen werden die Gewerkschaften stellen? Wie wird die Antwort der Reichsregierung darauf lauten? Das waren die Fragen, die immer wieder ventilert wurden. Nun, die freien Gewerkschaften haben durch ihre Vorsitzenden Leipart und Eggert mit aller Deutlichkeit erklären lassen, daß es so wie bisher nicht weiter geht und die Regierung, die ja auch immer wieder Wege zur Hilfe findet, wenn es sich um sanierungsbedürftige Unternehmungen handelt, zum positiven Vorgehen zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit gezwungen ist, wenn sie nicht will, daß auch noch denen die Geduld reißt, die sich bei der Wahl des Reichspräsidenten als die treuesten Hüter des demokratischen Staates erwiesen haben. Der ADGB, als Sprachrohr der 6 1/2 Millionen Arbeitslosen bittet nicht, er fordert, daß den Vorschlägen der Gewerkschaften auf Durchführung des von ihnen aufgestellten Arbeitsbeschaffungsprogramms entsprochen werde. Die Gewerkschaften wollen so wenig wie die Regierung eine neue Inflation, aber es dürfe nicht dahin kommen, daß die Regierung jede Initiative auf Anur-belung der Wirtschaft mit der Begrün-

dung einer Inflationsgefahr fehlen lasse, selbst dort, wo von einer solchen Gefahr keineswegs die Rede sein könne. Es sei aus wirtschaftlichen, sozialpolitischen, nicht zuletzt aber auch aus staatspolitischen Gründen unbedingt notwendig, daß die Regierung entscheidende Schritte unternahme und der weiteren furchtbaren Verelendung breiter Volksmassen nicht tatenlos zusehe. Die politische Atmosphäre werde sich reinigen, wenn die Wirtschaft gesunde, das heißt die Arbeitslosen Beschäftigung hätten.

Die Debattenredner, die teils die Lage bestimmter Industrien, teils die am schlimmsten betroffenen Landesteile schilderten, entrollten ein Bild kaum noch fassbaren Elends, um gleichzeitig, wie es schon in eindringlicher Weise von Leipart geschehen war, nachdrücklich auf die Notwendigkeit einer anderen Einstellung der Regierung zur Lohnfrage hinzuweisen. Es müsse endlich Schluß gemacht werden mit dem verhängnisvollen Lohnabbau, der schon seit 1 1/2 Jahren durchgeführt, die Wirtschaftskrise nur verschärft, das Elend nur vermehrt habe.

Leider war es dem Reichszkanzler Brüning, der sein Erscheinen fest zugesagt hatte, nicht möglich, sein Versprechen zu halten. An seiner Stelle sprach der Reichsarbeitsminister Stegerwald. Er hat die Gewerkschaften seit vielen Monaten so oft in unangenehme Situationen gebracht, daß das Vertrauen zu ihm

sehr im Schwinden begriffen ist. Oftmals wurden seine Ausführungen mit großer Unruhe und unter heftigsten Widersprüchen entgegengenommen, weil das Gefühl entstehen mußte, daß er trotz seiner Behauptung, sich von niemand in der Fürsorge für die Arbeitslosen übertreffen zu lassen, doch nicht immer dem Ernst der Situation entsprechende Worte fand. Ein Debattenredner sagte ihm nachher nicht mit Unrecht, er solle doch wieder einmal den Gewerkschafter in sich zu wecken suchen und nicht immer nur Reichsarbeitsminister sein. Es handele sich jetzt tatsächlich um mehr als darum, die Arbeitnehmer durch schöne Reden zu beschwichtigen.

In die Debatte griff auch der preussische Ministerpräsident Otto Braun ein. In bei ihm gewohnter Sachlichkeit, aber teils auch mit beißender Schärfe, setzte er sich mit dem Problem der Arbeitsbeschaffung auseinander, um besonders am Schluß darauf hinzuweisen, wie notwendig für uns auch die Herstellung eines festen Vertrauensverhältnisses mit dem Auslande wäre, zu dem aber nur auf dem Wege über ein demokratisch regiertes Deutschland zu kommen sei.

Die Schlussworte Eggerts brachten noch einmal eine scharfe Anklage gegen die Reichsregierung und den Hinweis darauf, daß es die zwölfte Stunde sei, um eine positive Wirtschaftspolitik einzuleiten. Würden die Ar-

beiter wiederum in ihren Hoffnungen getäuscht werden, könne unabsehbarer Schaden entstehen.

Eine Entschlichung, in der die Auffassung des Kongresses zusammengefaßt ist und die wir an anderer Stelle des „Maler“ wiedergeben, wurde einstimmig angenommen.

Der Kongress wird seine Wirkung auf die Regierung und alle verantwortlichen Kräfte im Staat, aber auch auf die Arbeitgeber sicher nicht verfehlt haben. Denn die freien Gewerkschaften sind eine Macht, mit der ernsthaft zu rechnen ist. Und in diesem Falle stehen hinter den freien Gewerkschaften auch die andern Gewerkschaftsrichtungen, denn auch deren Mitglieder leiden unter der Wirtschaftsnot im gleichen Maße.

Die Auffassung der freien Gewerkschaften zum gegenwärtig brennendsten Problem der Arbeitsbeschaffung ergab sich schon aus der oftmals von Beifall unterbrochenen Eröffnungsrede des Bundesvorsitzenden Theodor Leipart.

Er führte unter anderm aus:

Die Deffentlichkeit ist allmählich abgestumpft gegenüber der ungeheuerlichen Tatsache, daß über 6 Millionen Deutsche arbeitslos sind, während unter den unmittelbaren und mittelbaren Folgen dieser wirtschaftlichen und sozialen Katastrophe eine noch unendlich viel größere Zahl von Menschen zu leiden hat. Auch die verantwortlichen Stellen verhalten sich gegenüber dieser unter innen- wie außenpolitischen Gesichtspunkten drängendsten Frage der deutschen Politik allzu passiv. Um so nachdrücklicher müssen die Gewerkschaften den Ruf nach Arbeit für die Arbeitslosen erheben.

Sie tun es nicht zum ersten Male. Seit Januar 1930 haben sie keine Gelegenheit vorübergehen lassen, auf die Notwendigkeit planmäßiger öffentlicher Arbeitsbeschaffung hinzuweisen, eine vernünftige Konjunkturpolitik der Auftragsbehörden zu fordern, auf ein Zusammenwirken aller verantwortlichen Stellen zu drängen, um die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung zu ermöglichen.

Eine Politik der wirtschaftlichen Verständigung im übernationalen Rahmen wird durch tiefgreifende politische Widerstände erschwert, die auf den Krieg und auf den Versailler Vertrag zurückgehen und die Wirkungen der Weltwirtschaftskrise unheilvoll verschärfen. Die Überwindung der Krise ist so schwer, weil sie zugleich eine wirtschaftliche und politische Krise ist, weil die drückende Atmosphäre gegenseitigen Mißtrauens zwischen den Völkern und die sozialen und politischen Spannungen innerhalb der einzelnen Völker das Aufkommen eines auf Sicherheit der Verhältnisse gegründeten Vertrauens erschwert, das die Voraussetzung für die Wiederbelebung der Wirtschaft ist. Trotzdem, nein, gerade deshalb haben die Gewerkschaften sich immer wieder für die weltpolitische Verständigung eingesetzt, sind sie für eine internationale Kreditvereinbarung als finanzielle Grundlage einer großzügigen Arbeitsbeschaffung eingetreten.

Aber die aktive Förderung internationaler Maßnahmen zur Verringerung und Behebung der Arbeitslosigkeit, deren Durchführung nur langsam zu überwindenden Schwierigkeiten begegnet, entheben die Reichsregierung und alle Stellen, die mit Verantwortungsbewußtsein an einer Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse arbeiten, nicht von der Verpflichtung, auch im Rahmen der nationalen Wirtschaftspolitik die Arbeitsbeschaffung anzubahnen.

Der Bundesausschuß des DGB hat auf seiner Tagung im Februar 1932 zu den verschiedenen Finanzierungsplänen der Arbeitsbeschaffung Stellung genommen. Der Gedanke, der ihn bei seinen Erwägungen über die verschiedenen Möglichkeiten der Finanzierung leitete, war, daß unter allen Umständen die Währung nicht gefährdet werden dürfe.

Die Deflationspolitik der Reichsregierung war gegen die eigenen Volksgenossen, insbesondere gegen die großen Schichten der Arbeiter und Angestellten, von einer bis an

„WENN DU KOLLEG BIST AUCH DABEI“

An einen Nichtorganisierten am 1. Mai

Und wieder kam der 1. Mai!
Noch immer herrscht die Tyrannei
Des Geldsacks und der Reaktion!
Noch trommeln die Soldaten!
Noch hungern Menschenkinder.

Warum ist Vater arbeitslos?
Was hungert schon das Kind im Schoß?
Reißt dir Prolet nicht die Geduld?
Wer ist an all dem Elend schuld?
Nur du Prolet, du ganz allein,
Der du im Kampfe abseits stehst!
In Reih und Glied nicht mit uns gehst!
Wenn du marschierest mit uns mit
Als Kamerad in Schritt und Tritt,
Wenn du Kolleg bist auch dabei,
Fährt in die Höll all Tyrannei!

Auf . . . auf Kollege, reih dich ein!
Nicht Nörgler, Kämpfer sollst du sein!
Erst dann sind alle Menschen frei,
„Wenn du Kolleg bist auch dabei!“

Atta Troll.

die äußerste Grenze des Erträglichen gehenden Rücksichtslosigkeit. Bei allem Verständnis für die außenpolitischen Argumente der Reichsregierung haben die Gewerkschaften diese Politik entschieden bekämpft. Der rigorose Abbau der sozialen Leistungen und der Abbau der Löhne führen unweigerlich zu einer Verelendung der breiten Volksmassen, sie zerstören nicht nur die Kaufkraft und damit eine der Voraussetzungen der Belebung der Wirtschaft, sie untergraben die Grundlagen der staatlichen Ordnung, sie steigern die innenpolitischen Spannungen. Nichts ist trotz der wiederholten dringenden Mahnungen der Gewerkschaften geschehen, um durch systematische, gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit zu verringern. Arbeitsbeschaffung und Verteilung der Arbeitsgelegenheit sind aber untrennbar verbunden.

Es ist ein Skandal, daß noch immer regelmäßig über 48 Stunden gearbeitet wird, daß noch immer vielfach Überstundenarbeit gebudelt wird, daß noch immer Leute, die Pensionen beziehen, anderen Arbeitsplätze wegnehmen, daß kein ernsthafter Versuch unternommen worden ist, die Frage des Doppelverdienens zu lösen.

Viele Zehntausende würden Arbeitsmöglichkeiten finden, wenn dieser Skandal aufhört, weitere Zehntausende würden wieder in den Produktionsprozeß eingeschaltet werden können, wenn endlich die allgemeine gesetzliche Vierzigstundenswoche eingeführt würde. Der Reichsarbeitsminister hat im September eine Notverordnung über die Verkürzung der Arbeitszeit in Aussicht gestellt. Sie ist bis heute noch nicht erlassen worden.

Der Ruf nach Kostensenkung hat dafür um so mehr Gehör gefunden. Dauernd wurden mit staatlicher Hilfe die Löhne gesenkt. Es ist dadurch nichts besser geworden. Industrie, Handel und Gewerbe sind in immer größere Not hineingeraten. Der Umfang der Arbeitslosigkeit und das Elend der Arbeitslosen ist mit jedem Angriff auf die Löhne gewachsen. Die zwangweise Senkung der Preise hat nicht Schritt gehalten mit der Senkung der Löhne. Das wissen auch die Arbeitgeber. Trotzdem haben sie zum 30. April fast alle Tarifverträge gekündigt, um weitere Lohn-

kürzungen durchsetzen zu können. Neue Schiedsprüche liegen vor, die den Arbeitern nochmals einen Lohnabzug von zehn Prozent aufzwingen.

Der Kongress erhebt entschieden Protest gegen diese wider sinnige Politik, die zur völligen Vernichtung der deutschen Wirtschaft führen muß. Von Notverordnung zu Notverordnung ist die Zahl der Arbeitslosen gewachsen. Das darf nicht so weitergehen.

Es ist fast ein Wunder, daß das deutsche Volk nach allem, was ihm zugemutet wurde, diesen Winter überstanden hat. Die Disziplin und moralische Kraft der Arbeiterschaft verdient die höchste Achtung und Bewunderung. Aber Entfagen und Opfer müssen endlich eine Grenze haben.

Noch hofft die Masse der organisierten Arbeiter darauf, daß es den Gewerkschaften mit Hilfe des Staates, mit Hilfe der Reichsregierung gelingt, dem Massenelend zu steuern, die Krise durch Arbeitsbeschaffung zu lindern, eine Belebung der Wirtschaft anzubahnen. Soll dieses Vertrauen auch noch zerstört werden? Das darf nicht sein, nicht um der Gewerkschaften, sondern um des Staates und des Volkes willen.

Man hat gesagt, eine Arbeitsbeschaffung großen Stils sei mit Rücksicht auf die außenpolitischen Interessen unmöglich. Man hat insbesondere darauf verwiesen, Frankreich werde daraus den Schluß ziehen, daß Deutschland noch nicht so arm sei. Indessen, dieser Hinweis kann nicht gelten. Im Mittelpunkt der französischen Politik steht die Sicherheitsfrage. Die Gewerkschaften stellen daher vor aller Welt die Frage: Dient es der Sicherheit Frankreichs, dient es der erstgemeinten Befriedigung Europas und der Welt, wenn infolge der steigenden Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Verelendung immer weitere Kreise der Bevölkerung, insbesondere auch der arbeitslosen Arbeiter, der Verzweiflung und dem politischen Radikalismus verfallen? Kann Frankreich im Ernst Folgerungen für seine weberwirtschaftlich noch moralisch gerechtfertigten Reparationsansprüche ziehen, wenn Deutschland die letzten noch vorhandenen Finanzreserven für die Beschaffung von Arbeit aufwendet, zu dem Zweck, dem weiteren Fortschreiten der Verzweiflung und des politischen Radikalismus zu begegnen?

Keinerlei übertriebene Rücksicht auf außenpolitische Interessen darf daher die Reichsregierung veranlassen, die unmittelbare Inangriffnahme der großen Aufgabe der Arbeitsbeschaffung hinauszuschieben. Arbeitsbeschaffung ist unter innen- wie außenpolitischen Gesichtspunkten die zentrale Aufgabe der deutschen Politik.

Das Referat Eggerts mit anschließender Debatte folgt in der nächsten Nummer des „Maler“.

Im März nur geringer Rückgang der beruflichen Arbeitslosigkeit

Die 1. Notverordnung, die den Arbeitern und Angestellten durch den gesetzlich erzwungenen Lohn- und Gehaltsabbau in dauernd unliebsamer Erinnerung bleiben wird, hat auch kräftig in das bestehende Mietrecht eingegriffen. Die nächste Folge war, daß unzählige Mietverträge gekündigt wurden und zum 1. April ein Wohnungswechsel zu erwarten war, wie man es seit Bestehen der Wohnungsnot und Wohnungszwangsbewirtschaftung nicht mehr gewohnt ist. Wenn die bürgerliche Presse in ihrem lokalen Teil nicht stark übertrieben hat, waren in den Großstädten nicht genug Möbelwagen aufzutreiben, um die große Zahl von Umzügen bewältigen zu können. — In der Maler- und Lädierergewerbe, das von einer Arbeitslosigkeit betroffen ist wie kein anderer Beruf, hat dem bevorstehenden Wohnungswechsel mit gespannten Erwartungen entgegengeesehen, weil es in langen Notjahren Erfahrungen darüber hat sammeln können, daß es mit der gerühmten Wohnkultur in Deutschland nicht mehr allzuviel auf sich hat. Selbst wohl situierte, gutbürgerliche Kreise sind von der guten Gepflogenheit abgekommen, unumgäng-

Gebräuche am 1. Mai

Von Phönix.

Es ist ein überaus sinnvolles Zusammentreffen, daß der Hauptfeiertag des Internationalen Proletariats auf den 1. Mai verlegt wurde — ist doch dieser Tag von altersher ein Tag der frohen Feiern, ein Frühlingsfest, und wer verheißt der Menschheit den schönsten Frühling, eine lebensreiche und gerechte Gesellschaftsordnung als der Sozialismus, den zu erreichen sich das Klassenbewußte Arbeitervolk aller Länder bemüht?

Die guten und lebensreichen Mächte des Frühlings werden mit allerlei Bräuchen begrüßt: In Böhmen wird der 1. Mai „eingeblasen“, im Bergischen pflegt der Organist auf der Orgel den Kundensruf nachzunehmen, und grüner Schmutz von Häutern und Wohnungen mit den ersten Zweigen, den „Maien“, ist in ganz Deutschland an der Tagesordnung. Namentlich Birken- und Tannenzweige werden als Maibäume verwendet; die Burschen legen sie ihren Schuhen vors Fenster, und man schreibt ihnen allerhand lebensbringende Kräfte zu. In vielen nebenbürgerlichen Orten werden zu diesem Zwecke Lindenweige vor den Fenstern krauter aufgezogen; nach drei Tagen kratzt man aus der Rinde mit Juter einen Brei, den man dem Patienten einträgt; die andere Hälfte wirft man in fließendes Wasser, damit die Krankheit hinwegschwimmt. Auch die Haustiere werden bedacht. In manchen Gegenden Schwaben pflanzen die Bauern auf dem Reihweiden so viel Tannenzweige auf, als Pferde und so viel Birkenzweigen, als Kühe im Hofe sind. In Südburg und am Niederrhein werden auch die Brunnen nach vorheriger Reinigung mit Maien geschmückt. Alles zusammen auf die guten Frühlingsgötter, die „alles neu machen“ sollen.

Aber auch ungeliebte Personen oder Mädchen bekommen Aufes müssen sich das Gegenstück, einen

„Schandma“, gefallen lassen; dazu verwendet man dürre Reisler und alte Besen, die mit Lumpen, Fegen und alten Schuhen aufgezupft werden. So in Böhmen, Baden und Schwaben.

Die neubelebende Frühlingskraft wird auch durch Menschen symbolisiert. An vielen Orten, zum Beispiel im Elsaß, ziehen Kinder singend von Haus zu Haus, grüne Zweige in den Händen. Sie bringen „den Mai“ ins Haus und bekommen dafür kleine Geschenke. Oft ist in ihrer Mitte ein Mädchen, die Maibräut, oder gar ein gepuzter Knabe als Maimädchen oder Maigras; letzterer spielte besonders in Niederdeutschland, Schweden und Dänemark im Mittelalter eine Rolle. Auch kommt ein Rindpaar vor, das als König und Königin bezeichnet wird. So wird der Tag mit einem fröhlichen Auszug, mit Spiel und Tanz gefeiert. Regnet es aber, so tut das auch der Festlichkeit keinen Eintrag, denn Mairegen ist gesund und fördert das Wachstum. Eine Ausnahme von diesem Glauben machen die Westböhen, die sagen: „Regnet's am 1. Mai, regnet's die Gänse tot und den Kühen die Hungersnot“.

Auch das Vieh wird am 1. Mai wieder ausgetrieben. In Buchau in Schwaben wurden am Abend die zwei schönsten Kühe bei der Heimkehr bekränzt. In Westfalen berührt der Hirte vor dem Ausstreben die Kühe mit einem Vogelbeerzweig, der mit Eierschalen, bunten Bändern und Goldpapier geziert ist. Für diese symbolische Segenshandlung bekommt er von der Bäuerin Eier oder Geld. In Böhmen wird morgens das Vieh mit Weichwasser besprengt; nachmittags aber wird der Hirt von den Bäuerinnen auf einem Schubkarren zu einem Wasser geführt und hineingeworfen. — Auch fleißig Schmalz auslassen soll man am 1. Mai — dann wird es das Jahr über an dieser wichtigen Küchenzutat nicht mangeln! Und die am diesem Tage gerührte „Maibutter“ wird mit grünen Kräutern zu Mittag aufgetragen und auf dem

Brot von allen Hausgenossen gegessen, wozu auch oft der Pfarrer eingeladen wird.

Das Verühren mit einem grünen Zweig ist offenbar das Ueberbleibsel einer uralten Kulthandlung: Segen durch das Lebensreis . . . In der Prager Gegend schlagen die Burschen einander am Maimorgen mit Zweigen und sagen: „Du hast Blut!“ — Und wer diesen Brauch vergißt, den bittet der andere: „Gib mir Blut!“ Und er erwidert mit einem Schlage: „Da hast du!“

So sehen wir eine Menge Volksbräuche, die alle den nämlichen Sinn haben: Hoffnung auf den Segen des Frühlings, Frohsinn, weil nun eine bessere Zeit gekommen ist. Und was hier im Kleinen und engen Kreise geübt wird, das zeigt sich unserm Seelenaue bei jeder festlichen Maifeier der Arbeiterschaft: Hoffnung auf bessere Zeiten — und frohen Mut in ihrer Erwartung!

Der Weisheit letzter Schluß

Der Syndikus des Unternehmerverbandes dozerte seinen Arbeitgebern vor: „Steigt die Konjunktur, meine Herren, so ist es höchste Zeit, das Lohnbudget abzubauen. Hohe Löhne oder Erhöhung der Löhne würden nur der Konkurrenz zugute kommen, indem die Arbeiterschaft die Möglichkeit bekommt, bei der Konkurrenz zu höheren Preisen zu kaufen. Sinkt die Konjunktur, so ist in erster Linie ein Abbau der Löhne vorzunehmen; denn durch eine Verminderung ihres Einkommens steigt bei der Arbeiterschaft der Mangel am Notwendigsten und damit für sie die Notwendigkeit, das Notwendigste zu kaufen. Ist eine gleichmäßige Konjunktur zu erwarten, so bilden hohe Löhne die stärkste Bedrohung dieser Konjunktur, und nur schleunige Lohnherabsetzung kann jene Steigerung des Sanftmens- und Dividendenfonds gewährleisten, die absolut notwendig ist, um die gute Konjunktur auf die Qualitätswaren überzuleiten, die die verehrlichen Mitglieder dieses Gremiums zu kaufen pflegen.“

lich notwendige Renovierungsarbeiten alljährlich ausführen zu lassen, und man muß mit bitterem Gefühl feststellen, daß es nicht immer Mangel an Mitteln oder wirtschaftliche Bedürftigkeit ist, die dort unbedingt auch auf diesem Gebiet zum Sparen zwingt. Man sehe sich nur Treppenhäuser und selbst Innenräume, von den Hausfassaden ganz zu schweigen, in sogenannten Herrschaftshäusern der besseren Wohnviertel darauf an, wie lange kein Anstrich erneuert wurde und wie sehr diese Sachwerte dem Verfall preisgegeben sind. Auch das bessere Bürgerium ist heute so wenig verwöhnt, daß seine prominentesten Teile kaum Anstoß daran nehmen, eine andere Wohnung zu beziehen, in der nichts erneuert oder doch nur geringfügigste Ausbesserungsarbeiten vorgenommen wurden.

Dem beruflichen Arbeitsmarkt hat also der starke Wohnungswachstum — wenigstens bis Ende März — leider nur geringe Entlastung gebracht. Mag sein, daß es für unser Gewerbe ein ungünstiges Zusammentreffen war, daß Ostern in die letzte volle Märzwoche gefallen ist und die Aufträge erst nach dem Feste in Angriff genommen werden konnten. Jedenfalls wurden am Stichtag, 26. März, in 164 Filialen mit 49 781, davon 84 weiblichen, Mitgliedern, die rechtzeitig berichtet haben, immer noch 36 686 männliche und 21 weibliche, insgesamt 36 707 Arbeitslose gezählt. Das sind 73,7 % der Gesamtmitglieder und bei Abrechnung der 5957 in den berichtenden Filialen organisierten Lehrlinge 83,8 % von jedem Hundert der Gesamtmitglieder oder ein Rückgang gegenüber dem Stand von Ende Februar um nur 5,3 %. Wie sehr unsere Kollegen seit Anfang 1931 von Arbeitslosigkeit betroffen wurden, zeigt nachstehende Uebersicht mit erschreckender Deutlichkeit.

Table with 10 columns: Monat, Es berichteten Filialen, 1931, 1932, Mitgliederzahl in den berichtenden Filialen am Schlusse des Monats, 1931, 1932, Arbeitslose Mitglieder am Schlusse der letzten Woche des Monats, 1931, 1932, Auf je 100 Mitglieder entfallende Arbeitslose a. Schlusse der letzten Monatswoche, 1931, 1932. Rows include months from January to December.

An der Besserung sind alle Landesarbeitsamtsbezirke, wenn auch nicht in gleichem Maße, beteiligt. Am günstigsten schneidet Ostpreußen mit einem Rückgang um 11,2 %, am ungünstigsten Sachsen mit nur 1,2 % ab; aber die Arbeitslosigkeit bewegt sich immer noch zwischen 77,5 und 91,8 % der Gesamtmitglieder. Die Arbeit, von der 2104 Beschäftigte gegen 1930 im Vormonat betroffen wurden, ist auf 4,6 % auf 48 % der erfassten Kollegen gestiegen. Es arbeiteten nach der letzten Zählung verifiziert 1064 männliche und 7 weibliche Beschäftigte bis zu 8 Stunden, 486 männliche und 4 weibliche Beschäftigte um 9 bis 16 Stunden, 436 männliche und 9 weibliche Beschäftigte um 17 bis 24 Stunden und 98 männliche Beschäftigte um 25 und mehr Stunden die Woche. Die Beteiligung von insgesamt 20 weiblichen Kurzarbeitern weist darauf hin, daß von der Verkürzung der Wochenarbeitszeit in erheblichem Maße Lackierer und Industriekollegen betroffen sind, für die die Konjunktur jetzt, wie schon seit Jahren, im allgemeinen nur wenig von der des eigentlichen Metallgewerbes verschoben ist.

Von den Filialen Düren, Guben, Lüdenscheid, Neumünster, Regensburg und Werdau ist die Berichtskarte zu spät eingegangen. Das soll Anlaß sein, wieder einmal daran zu erinnern, daß das Gesamtergebnis spätestens am 10. auf den Berichtsmontat folgenden Tage festgestellt und an die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, an das „Statistische Reichsamt“ und an den NSDAP. eingekandt werden muß. Berichtskarten, die erst nach dem 8. Tage des neuen Monats einlaufen, können in den Gesamtbericht nicht mehr aufgenommen werden. Nicht berichtet haben die Filialen Aachen, Gera, Hindenburg, Konstanz, Kulmbach, Pirmasens und Weiswasser.

Endlich Verbot der SA.

Am 13. April hat die Reichsregierung endlich durch Verordnung des Reichspräsidenten ein Verbot der SA- und SS-Formationen verfügt. Diese sollen sofort aufgelöst werden. Darunter fallen sämtliche militärischen Organisationen der NSDAP, insbesondere die Sturmabteilungen (SA.), die Schutzstaffeln (SS.), mit allen dazugehörigen Stäben und sonstigen Einrichtungen, einschließlich der SA-Beobachter, SA-Reserven, Motorstürme, Marinestürme, Reiterstürme, des Fliegerkorps, Kraftfahrkorps, Sanitätskorps, der Führerschulen, der SA-Kasernen und der Zeugmeistereien. Nachdem das Verbot ausgesprochen war, hat die Polizei in allen Ländern die SA-Beime geschlossen, das vorhandene Material beschlagnahmt und bei den militärischen Führern der NSDAP. Hausdurchsuchungen vorgenommen. Die Regierung begründet ihr Vorgehen damit, daß das staatliche Leben geschützt werden müsse und die Staatsautorität zu bewahren sei. Die genannten Organisationen seien bis in alle Kleinigkeiten den militärischen Formationen nachgebildet und stellen ein Privat- und Parteigewalt dar. Keine Reichsregierung könne es dulden, daß irgendeine Partei den Versuch mache, einen Staat im Staate zu bilden und sich Machtmittel schaffe, durch die sie in der Lage wäre, unter Umständen ihre Ziele auch mit Gewalt durchzusetzen. Das deutsche Volk lebe unter einer freien Verfassung. Freiheit könne aber nur gedeihen unter Aufrechterhaltung der Ordnung. Im Interesse der Ordnung müsse volle Klarheit darüber geschaffen werden, daß in Deutschland der Staat und nur der Staat mit fester Hand Recht und Gesetz aufrechterhält.

Die vom Reichkongress angenommene Entschliebung

L.

Die Massenarbeitslosigkeit und das soziale Elend im Lande haben ein Ausmaß erreicht, das den Staat verpflichtet, unter Auswand seiner ganzen Kraft dem Schrumpfungszustand der Wirtschaft entgegenzuwirken und den aus der Produktion ausgeschalteten Arbeitskräften wieder Beschäftigung zu verschaffen.

Der Kongress richtet an die Reichsregierung die Forderung, unverzüglich Anordnungen zur Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten und zur Vergebung öffentlicher Aufträge sowie zur Förderung geeigneter Privataufträge zu treffen in einem Umfang, daß eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes eintritt. In diesem Zweck müssen solche zusätzlichen Arbeiten in Gang gebracht werden, die wirtschaftlich nützlich sind und von deren Kostenaufwand ein möglichst großer Teil auf die Löhne entfällt. In erster Linie kommen hierfür in Betracht Straßenreparatur und Straßenbau, landwirtschaftliche Meliorationen und Siedlungen, Hochwasserschutz, Kleinwohnungsbau und Unterhaltung des vorhandenen Wohnraumes, Aufträge der Reichsbahn und der Reichspost.

Bei der Durchführung der Arbeiten müssen die Beschäftigten Arbeitskräfte den üblichen Tariflöhnen erhalten; die Arbeitszeit darf höchstens 40 Stunden in der Woche betragen.

Der Kongress verkennt nicht die Schwierigkeiten, die der Finanzierung der Arbeiten entgegenstehen. Die Lage erfordert jedoch, daß die Anstrengungen zu ihrer Ueberwindung gesteigert werden. Alle noch aufrechenbaren Mittel, auch gewisse Steuermittel, wie die durch die Reichsfluchtsteuer erfassten Beträge und die Hauszinssteuer, sind vorübergehend zur Arbeitsbeschaffung zu verwenden, ferner die beträchtlichen Summen der durch die Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen ersparten Unterstufungen sowie der von den Wiederbeschäftigten aufzubringenden Steuern und Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

Darüber hinaus unterstützt der Kongress die Forderung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nach einer volkswirtschaftlichen Arbeitsbeschaffungsanleihe, die so ausgestaltet ist, daß sie die von der Bevölkerung gehorteten Gelder anzieht.

Soweit die Anleihestücke noch nicht in vollem Umfang auf dem Kapitalmarkt untergebracht sind, sollen sie den Banken als Unterlage für eine Zwischenfinanzierung der Arbeitsbeschaffung dienen. Um die Sicherheit der Verzinsung und Rückzahlung der Kredite zu erhöhen, müssen nötigenfalls besondere Zweckverbände der Schuldnerperschaften gebildet werden.

Durch scharfe Preisüberwachung in Verbindung mit einer zweckmäßigen Zoll- und Einfuhrpolitik muß jeder spekulativer Preisbildung vorgebeugt werden.

Die einheitliche und beschleunigte Durchführung der Arbeitsbeschaffung ist einer mit ausreichenden Befugnissen ausgestatteten Zentralstelle zu übertragen. Ihre Aufgabe ist zugleich, das Vertrauen für die Arbeitsbeschaffungspolitik im Inlande wie im Auslande zu verstärken.

Der Kongress wiederholt im übrigen die früheren Forderungen der Gewerkschaften zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere gesetzliche Beschränkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf höchstens 40 Stunden und Stärkung der Massenkaufkraft.

Der Kongress fordert alle Volksgenossen auf, die Dringlichkeit der Arbeitsbeschaffung zu erkennen und alle Kräfte für ihre Durchführung einzusetzen.

II.

Anschließend aller Vordringlichkeit der Arbeitsbeschaffung erklärt der Kongress es als eine gleichfalls unerlässliche Aufgabe der Reichsregierung, aus den katastrophalen Erscheinungen und Vorgängen auf dem Gebiete der Wirtschaft die Folgerungen zu ziehen, die Volk und Staat in Zukunft vor gleichen Erschütterungen sicherstellen. Die Wirtschaftsführung des privatrechtlichen Systems hat nach den Erfahrungen der letzten Zeit das Vertrauen weitester Volksschichten verloren. Der Einfluß des Staates, seine Aufsicht und seine Mitwirkung in der Wirtschaft müssen beschleunigt ausgebaut und verstärkt werden. Der Kongress beauftragt den Bundesvorstand, die Forderungen der Gewerkschaften für den notwendigen Umbau der Wirtschaft erneut der Regierung vorzulegen und sie mit stärkstem Nachdruck zu vertreten.

Das Spiel mit der „Autarkie“

Die deutsche Schwerindustrie hat ihr Herz für den deutschen Binnenmarkt entdeckt. Sie macht, in Gefolgschaft der Nationalsozialisten, Propaganda für „Autarkie“ für die Selbstgenügsamkeit Deutschlands, das sich auf den Binnenmarkt zurückziehen, von Ein- und Ausfuhr soweit nur möglich fernhalten soll. Die Berichte der von der Schwerindustrie beeinflussten Handelskammern Westfalens waren bereits auf diesen Ton abgestimmt. Der Schwabensverband der deutschen Industrie mit der deutschen Landwirtschaft wurde in diesen Berichten bereits eine Wendung im Sinne der „Autarkie“ gegeben. Welche Beweggründe trieben die Schwerindustrie? Wie die „Frankfurter Zeitung“ zutreffend schreibt, steht jetzt die Schaffung internationaler Verbände für Eisen- und Walzwerkprodukte bevor. Diese Verbände sollen den Produktionsumfang, die Preise und die Absatzgebiete auf dem Weltmarkt regeln, im Gegensatz zum heute bestehenden internationalen Eisenkartell, das nur ein Rahmenkartell für Eisen und Stahl ist, jedoch keine Preisfestsetzung und keine Vereinbarungen über Produktion und Absatz der einzelnen Produkte enthält. Die Gründung der internationalen Verbände würde soweit günstig sein, als die gegenwärtige Schleuderaus-

fuhr zu Verlustpreisen aufhören könnte. Diesem Vorteil würde jedoch die Verringerung der von der deutschen Schwerindustrie bisher im Ausland abgesetzten Produktmengen als Nachteil gegenüberstehen. Der Binnenmarkt soll dafür Ersatz bieten. Auf welche Weise aber? Normalerweise müßten die überhöhten Monopolpreise im Inland abgebaut werden, wenn der Absatz erweitert werden soll. Dieser Lösung steht die Schwerindustrie fern. Das Kunststück, den inländischen Eisenabsatz bei hohen Monopolpreisen zu erweitern, soll nach den Vorstellungen der Schwerindustrie dadurch ermöglicht werden, daß die Kaufkraft der Landwirtschaft durch Verteuerung der Lebensmittelpreise erhöht wird, was durch Verschärfung der Zollgesetzgebung, ja völlige Absperrung der landwirtschaftlichen Einfuhr erreicht werden soll. Die Landwirtschaft könnte dann ihre Betriebe rationalisieren, wozu sie Eisen in großen Mengen verwenden müßte. Es soll dahingestellt bleiben, ob die Rechnung der Schwerindustrie aufgeht, ob die landwirtschaftliche Kaufkraft bei sinkendem Massentonsum infolge verteuerter Lebensmittel steigen kann. Jedenfalls will die Schwerindustrie die eisenerzeugenden Exportindustrien preisgeben, müßten doch die Exportausfichten dieser Produktionszweige bei Absperrung des deutschen Marktes stark zurückgehen.

Das Satyrspiel mit der Autarkie erscheint jedoch erst in vollem Licht, wenn das Verhalten der Vertreter der Großlandwirtschaft beobachtet wird. Diese waren bis vor kurzem noch die leidenschaftlichsten Anhänger des Autarkiegedankens. Sie wollten die Absperrung Deutschlands vom Ausland durchsetzen, um den Absatz für ihre eigenen landwirtschaftlichen Produkte zu erhöhten Preisen zu ermöglichen. Jetzt beginnt aber die Großlandwirtschaft vor den eigenen Wünschen bange zu werden. Was nützt der Landwirtschaft die Absperrung vom Auslande, wenn die landwirtschaftliche Produktion Deutschlands in einem Umfang steigt, daß sie den ganzen Inlandsbedarf zu decken vermag, insbesondere den infolge der Wirtschaftskrise sehr eingeschränkten Inlandsbedarf? Dann müßten die Lebensmittelpreise selbst bei Absperrung des Auslandes sinken, wie lehrreiche Beispiele der Preise für Fleisch, Eier usw. zur Genüge zeigen. Deshalb darf es nicht soweit kommen, daß die deutsche Landwirtschaft den inländischen Bedarf aus eigener Erzeugung decken kann. Eine solche Entwicklung muß verhindert werden, was man freilich vor der Öffentlichkeit nicht sagen darf. So kommt jetzt beim Großgrundbesitz die Meinung auf, daß es im eigenen Interesse läge, einen Teil des Bedarfs an landwirtschaftlichen Produkten vom Auslande unter hohen Zöllen einzuführen und nur den übrigen Teil im Inlande zu erzeugen und zu den dank dem Zollschutz erhöhten Preisen auf den Markt zu bringen. Deshalb kühlt die Leidenschaft der Großlandwirtschaft für die Autarkie allmählich ab, und das zu einem Zeitpunkt, wo die Schwerindustrie sich vor den Wagen der Autarkisten spannt. Die politische und wirtschaftliche Macht der Schwerindustrie wird freilich von der Landwirtschaft gehässig ausgeübt, um neue Zollerhöhungen zu erzwingen, die zwar die Einfuhr nicht völlig verhindern, sie jedoch zugunsten der deutschen Landwirtschaft stark verteuern sollen.

Troski zum NSDAP-Surz in Deutschland

Leo Troski gab den kalintreuen Kommunisten in der letzten Zeit schon mehrfach bittere Pillen zu schlucken. Das tut er auch in seinem neuesten Buch. Mit beiführender Schärfe und herbem Hohn geht er der Philosophie Stalins und denen, die sie in Deutschland volkstümlich machen wollen, zu Leibe.

Troski setzt auseinander, wie durch die faschistische Ideologie die Massen des verarmten Kleinbürgertums, die Banden deklassierter Proletarier und all die zahllosen Menscheneristungen in Bewegung kamen, die das Finanzkapital in Verzweiflung und Elend stürzte. Er weist darauf hin, wie die Faschisierung des Staates vor allem und hauptsächlich auf die Zertrümmerung der Arbeiterorganisationen hinauslaufe, und er erinnert daran, daß vor einigen Jahren selbst das leitende Organ der Komintern von dem Faschismus in seiner italienischen Ausgabe gefagt habe, daß er jegliches Kompromiß mit der Sozialdemokratie verwerfe, sie wüßten verfolge und aller legalen Existenzmöglichkeiten beraube.

Der Kritiker des Stalinschen Kommunismus legt dann weiter dar, welchen Wert die Arbeiterorganisationen besitzen und was ihre Zerstörung bedeuten würde. Wir zitieren wörtlich:

„Im Laufe vieler Jahrzehnte haben die Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Demokratie, unter deren Ausnutzung und im Kampf mit ihr eigene Festungen, eigene Basen, eigene Herde der proletarischen Demokratie gebaut: Gewerkschaften, Parteien, Bildungsclubs, Sportorganisationen, Genossenschaften usw. Das Proletariat kann zur Macht nicht im formalen Rahmen der bürgerlichen Demokratie gelangen, sondern nur auf revolutionärem Wege: das ist durch Theorie und Praxis gleichermaßen erwiesen. Aber gerade für den revolutionären Weg benötigt es die Stützpunkte der Arbeiterdemokratie innerhalb des bürgerlichen Staates. Auf die Schaffung solcher Punkte lief ja die Arbeit der Zweiten Internationale in jener Epoche hinaus, da sie noch eine progressive historische Arbeit verah. Der Faschismus hat zur grundlegenden und einzigen Bestimmung: bis aufs Fundament alle Einrichtungen der proletarischen Demokratie zu zerstören.“

Troskis Anklage gipfelt in dem Satz: „Brüning mit Hitler zu identifizieren (gleichzustellen), bedeutet die Situation vor dem Kampfe mit der Situation nach der Niederlage zu identifizieren; bedeutet, im voraus die Niederlage als unermehlich zu betrachten; bedeutet, ohne Kampf zu kapitulieren.“

Schärfer läßt sich die kommunistische Politik nicht kennzeichnen.

Regelmäßige Bücherkontrollen müssen überall durchgeführt werden!

Gewerkschaftliches

Massenhafte Kündigungen der Tarife und Lohnabkommen.

Nach den Bekanntmachungen des Reichsarbeitsministeriums konnte man der Meinung sein, daß die Tarifkündigungen zum 30. April sich in bescheidenen Grenzen halten würden. Das ist jedoch nicht der Fall. Nach den Veröffentlichungen des I.O.G.B. wurden bis zum 5. April die Manteltarifverträge für 3,6 und die Lohnverträge für 2,8 Millionen Arbeitnehmer für Ende April aufgekündigt. Die Kündigungen wurden hauptsächlich vorgenommen für das Baugewerbe, die Gemeindebetriebe und das Holzgewerbe. Auch zahlreiche Lohnverträge für die Landarbeiterschaft wurden gekündigt. In der Metall- und der Textilindustrie, der Chemischen Industrie, der Papierindustrie und dem Bergbau erfolgten weitere Kündigungen. Für die Metallindustrie und den Bergbau stehen allerdings Kündigungen für Ende Mai bevor. Die Auflockerung der Tarifverträge ist also in vollem Gange. Was am 1. Januar angefangen wurde, soll am 30. April fortgesetzt werden. Die wenigen Berufe, in denen noch ein halbwegs annehmbarer Lohn gezahlt wird, sollen mit den andern gleichgestellt werden. Man scheint aus den Erfahrungen nicht gelernt zu haben, daß die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Wirtschaft keinen Segen gebracht hat.

Wirtschaftspolitik

Kein Cent neues Kapital von Amerika.

Bezeichnend für die grundlegende Aenderung der internationalen Kapitalbewegung ist die jüngste Statistik über die Anlagen im ersten Vierteljahr des laufenden Jahres in den Vereinigten Staaten. Nachdem die Anlagefähigkeit in den Vereinigten Staaten im Jahre 1931 gegenüber 1930 auf knapp die Hälfte, die Auslandsanlagen sogar auf ein Viertel sanken, gingen die Kapitalanlagen im ersten Viertel des laufenden Jahres auf beinahe ein Zehntel der Anlagen in der gleichen Zeit des Vorjahres zurück. Davon erhielt jedoch das Ausland keinen einzigen Cent. Weder ausländische Staaten noch ausländische Unternehmungen konnten in diesem Vierteljahr auch nur die geringsten Anleihen in den Vereinigten Staaten unterbringen. Wie stark aber die Produktion in den Vereinigten Staaten selbst lahmgelagert ist, dafür zeugt, daß neue Anlagen für das Ausland selbst im ersten Vierteljahr 1932 sich auf insgesamt 150 000 Dollars belaufen, das heißt, so gut wie überhaupt nicht vorhanden waren. Allein Anleihen der öffentlichen Körperschaften und der privaten Versorgungsbetriebe haben eine Nachfrage nach Kapital ausgeübt, der vom Kapitalmarkt entsprochen wurde.

Die Senkung des Reichsbankdiskonts.

Mit Wirkung vom 9. April ist der Diskontsatz der deutschen Reichsbank um 1/2 % auf 5 1/2 % gesenkt worden. Die Reichsbank läßt damit in Fortsetzung ihrer bisherigen Politik der deutschen Wirtschaft eine Erleichterung zuteil werden, die mit Rücksicht auf die Gesamtsituation zur Zeit als möglich erscheint. Seit der Herabsetzung des Diskontsatzes von 7 auf 6 % hat sich die Verflüssigung des Geldmarktes fortgesetzt. In dem Diskontsatz von 5 1/2 % gegenüber einem Höchstssatz von 15 % in den Paniktagen des vergangenen Commers kommt eine wesentliche Verubigung des deutschen Wirtschaftslebens zum Ausdruck. Dessenungeachtet ist der Leihfuß für deutsche Gelder noch wesentlich höher als in den übrigen kapitalistischen Ländern. Die neue Herabsetzung des Diskontsatzes wird zwar keine Wunder vollbringen, aber zur Aufbahrung der Wirtschaft immerhin dienen können.

Vom Ausland

Internationale Arbeitskonferenz.

Am 12. April trat in Genf die 16. internationale Arbeitskonferenz, an der 46 Staaten teilnehmen, zusammen. Zum Vorsitzenden wurde der Senator Robertson, Kanada, gewählt.

Auf der Tagesordnung steht die Abschaffung der gewerblichen Arbeitsvermittlungstellen, die internationale Regelung der Alters-, Invaliden und Hinterbliebenenversicherung sowie ein Abkommen über das Mindestalter für die Zulassung von Kindern zur Arbeit in nicht-industriellen Betrieben. Bei der Generaldebatte über den Jahresbericht des Direktors des internationalen Arbeitsamtes, der sich besonders eingehend über Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit verbreitet und die internationale sozialpolitische Entwicklung des abgelaufenen Jahres schildert, werden die Fragen der Krise und Arbeitslosigkeit wieder eine hervorragende Rolle spielen. Die Konferenz wird drei Wochen dauern.

Die Lohnbewegung der Maler und Anstreicher in Wien

Wie aus einem Bericht der „Baugewerkschaft“, Organ der österreichischen Baugewerkschaft, Nummer 14, vom 4. April dieses Jahres hervorgeht, hält es der Lohnverhandlung der Unternehmer des Maler- und Anstreichererwerkes in Wien noch nicht einmal für nötig, mit der Gewerkschaftsorganisation über neue Löhne zu verhandeln. Der Vertrag war am 31. März abgelaufen. Der Unternehmerverband hat nun die Weisung an seine Mitglieder hinausgegeben, nach Vertragsablauf mit jedem einzelnen Arbeiter zu verhandeln und ein Uebereinkommen betreffs des Lohnes herbeizuführen. Die dazu herausgegebenen Richtlinien besagen, daß die Löhne im Durchschnitt um 10 % gesenkt werden sollen. Alle nicht durch Gesetz ver-

bürgten Zulagen sollen wegfallen. Damit auch für die zur Zeit in Arbeit Stehenden der Lohn gesenkt werden kann, wird empfohlen, auch diesen zu kündigen und sie zu den neuen Löhnen wieder einzustellen.

Die „Baugewerkschaft“ bemerkt dazu mit Recht: „Das ist Lohnraub in brutalster Form.“ In rücksichtsloser Weise wird versucht, die Lebenshaltung unserer Kollegen herunterzudrücken. Die Arbeiterschaft nimmt zunächst diesen Gefühlsausdruck des „Lohnverbandes“ mit Entrüstung zur Kenntnis und wartet ab, welche Unternehmungen skrupellos genug sind, sich zu solchen Exzessen herzugeben. Danach wird die Kollegenschaft ihr Verhalten einrichten.

Die „Baugewerkschaft“ weist dann nach, dass das Verhalten der Arbeitgeber ein Verbrechen am Gewerbe selbst ist, dass sich später einmal bitter rächen wird. Die Schmutzkonkurrenz werde sich, wenn die Arbeitgeber ihren Willen bekämen, hemmungslos austoben können. Man werde ein schreckliches Durcheinander erleben, durch das die soliden Geschäfte zugrunde gerichtet würden. Umkehr tue bitter not.

Die „Baugewerkschaft“ schließt ihren Artikel: „Die Arbeiterschaft aber wird sich ihrer Haut zu wehren wissen. Für den dazu nötigen Geist hat der „Lohnverband“ gerade die entsprechende Vorarbeit geleistet.“

Wie nachträglich bekannt wird, herrschen in bezug auf die Löhne zur Zeit in Wien anarchische Zustände; denn die Arbeitgeber von Ruf zahlen die bisherigen Löhne weiter, während andere willkürliche, teils hohe Abzüge machen. Dass das gesamte Gewerbe unter diesen Verhältnissen stark leiden muss, ist selbstverständlich; denn wo ist eine Kalkulationsbasis, wenn die Löhne derartig grosse Unterschiede wie jetzt in Wien aufweisen. Die Arbeitgeber werden, auf lange Sicht gesehen, bestimmt ebenso darunter leiden wie die Gehilfen.

Arbeiterleben

Ferien im Heim der Abofe.

Nach langen arbeitsreichen Monaten Ferien! Kostbare Wochen und Tage für jeden, der 300 Tage im Jahre immer den gleichen Weg zwischen Wohnung und Geschäft gegangen ist, der an 300 Tagen immer die gleichen Menschen gesehen und immer dieselbe Arbeit getan hat. Doppelt wichtig darum, diese kostbare Zeit so zu verbringen, daß dem nervenzerrüttenden Einerlei des täglichen Lebens ein kräftiges Gegengewicht geboten wird. Darum ist eine Ferienreise alles andere als ein unerlaubter Luxus, wenn an ihrem Ende ein neuer Mensch mit frischem neuem Lebensmut entstanden ist.

Aber die Kosten! Nun, sie sind auch für bescheidene Einkommen erschwinglich. In Beachtung unserer Gemeinnützigkeit sind sie zu den wirklichen Selbstkosten berechnet. Fordere unsern neuen Prospekt. Wir überreichen ihn gern kostenlos gegen Beifügung von Rückporto. Allgemeine Deutsche Gesellschaft für Ferien- und Erholungsheime m. b. H. Sitz Jena, Marienstraße 4.

Gedächtnisfahrten nach Flandern und Frankreich.

In den Reihen der ehemaligen Kriegsteilnehmer und der Kriegerhinterbliebenen ist seit langem das Bedürfnis vorhanden, die Stätten des furchtbaren Völkerringens im Westen und die dort sich weit erhebenden Gräberfelder und Kreuzwälder aufzusuchen. Diesem Bedürfnis Rechnung tragend, veranstaltet der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen im Laufe des kommenden Sommerhalbjahres verschiedene Gedächtnisfahrten zu den Schlachtfeldern und Kriegergräbern in Flandern und Frankreich.

Die von der Abteilung für Kriegergedächtnisfahrten des Reichsbundes organisierten Fahrten sollen insbesondere unsern Kriegerhinterbliebenen unserer Gefallenen eine möglichst billige Gelegenheit bieten, einmal an der Grabstätte ihrer Lieben zu verweilen.

An diesen Fahrten können neben den Mitgliedern des Reichsbundes und deren Angehörigen zu den gleichen Vergünstigungen auch Freunde des Reichsbundes und Angehörige von Kriegsgefallenen, die nicht dem Reichsbund angehören, teilnehmen. Im Verlaufe jeder Pilgerfahrt findet auf einem der großen deutschen Kriegerfriedhöfe eine gemeinsame Gedächtnisfeier und Kranzniederlegung statt. In der Regel bietet sich dann auch für den einzelnen Fahrtsteilnehmer ohne große Schwierigkeit Gelegenheit, den Friedhof und die Grabstätte aufzusuchen, um bereitwillig die Reise von dem einzelnen Teilnehmer unternommen worden ist.

Nähere Auskunft erteilt die Abteilung für Kriegergräbergedächtnisfahrten des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen in Aachen, Kapuzinergraben 13.

Auto, Radio und Fernsprecher in den Vereinigten Staaten und bei uns.

Wenn für den Kulturstand und die Wohlhabenheit eines Landes die Verbreitung der neuesten Erfindungen auf dem Gebiete der Technik maßgebend sein sollte, so scheidet Deutschland, wenn wir die Sprache der Zahlen aus der Statistik hierbei heranziehen, bei einem Vergleich mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika schlecht ab. Die Vereinigten Staaten haben rund 120 Millionen Einwohner, Deutschland reichlich 60 Millionen. Falls als Beispiel moderner technischer Erfindungen Auto, Rundfunk und Fernsprecher angesehen werden, müßten diese Dinge in Amerika in etwa doppelter Anzahl vorkommen; dem ist aber nicht so. — Die Zahl der Kraftwagen beträgt in Amerika rund 23 Millionen, in Deutschland 1 1/2 Millionen. — Rundfunkempfangsgeräte gibt es

in Amerika rund 13 Millionen, in Deutschland etwa 4 Millionen, wenn auch Deutschland damit an erster Stelle in Europa steht. — Die Zahl der amerikanischen Fernsprecher beläuft sich auf etwa 20 Millionen, die deutsche Zahl ist 3 1/2 Millionen.

Fachtechnisches

Patentschau, zusammengestellt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. Auskünfte bereitwilligst.

Erteiltes Patent.

Nr. 75 c. 548 727. Spritzapparat. „Preca“ G. m. b. H., Leipzig W 31, Könnertstraße 43.

Gebrauchsmuster.

Nr. 75 c. 1 211 897. Füllfarbepinselhalter. Wilhelm Meinke, Sedendorf-Neustloster, Kreis Stade.

Angemeldete Patente.

Nr. 22h. Sch. 92 511. Verfahren zur Herstellung von holzblättrigen Produkten für Anstrichzwecke usw. aus Rizinusöl. Dr. Johannes Schreiber, Leipzig C 1, Waldstraße 76.

Nr. 22h. W. 86 123. Verfahren zur Herstellung von bronzehaltigen Kollodiumlacken. Westfälisch-Anhaltische Sprengstoff-Actien-Gesellschaft Chemische Fabriken, Berlin W 9, Lintstraße 25.

Nr. 75 c. D. 19 930. Verfahren zur Herstellung von Flächenbemusterungswalzen. Decotric-A.G., Hamburg, Reppoldstraße 49.

Erteiltes Patent.

Nr. 22g. 548 992. Verfahren zur Herstellung von porenfüllenden Grundiermitteln. Dr. Egin Meier, Halle an der Saale. — Nieleben, Paul-Heydenreichstraße 10.

Gebrauchsmuster.

Nr. 75 c. 1 212 395. Schablone. Denes & Friedmann, A.G., Berlin-Salensee, Rurfürstendamm 157/158.

Nr. 75 c. 1 212 530. Anordnung an Preßluft-Spritzvorrichtungen für flüssiges Spritzgut zur Vermeidung von Dünsten und Nebeln. Gesellschaft für Maschinen-Anlagen m. b. H., Berlin-Tempelhof, Albrechtstraße 51.

Nr. 75 c. 1 212 773. Quadratpachtelverankerung durch beiderseitige Querschloßeinlage. Dickert & Ulrich, Remscheid-Bieringhausen.

Nr. 75 c. 1 212 980. Farbspritze. Josef Wimmer, München, Scharlstraße 28.

Nr. 75 c. 1 213 018. Transportables Arbeits- und Lagergestell für Malerwerkstätten. Anna Stäuble, Badnang.

Literarisches

Kostlos Baumwirtschaft. Monatlich zwei Bände. Bezugsgebühr vierteljährlich 2 M. — Das Bauen notwendig ist, weil immer noch eine schwere, die Volksmoral vernichtende Wohnungsnot besteht, belegen die Ausführungen Viktor Noack in der Sozialen Bauwirtschaft Nr. 7 in erschütternder Weise. Die Veröffentlichungen Noacks werden von dem Amerikaner Ankerboder bestätigt. Ein weiterer Aufsatz betrifft die Entwicklung der Wirtschaftsverände der deutschen Bauindustrie, in der die staatliche Förderung des Baugewerbes und die Behebung der Bauartigkeit mit staatlicher Hilfe verlangt wird. Das in großen Zügen wiedergegebene Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reichswirtschaftsrates liegt in der gleichen Linie.

In der April-Nummer der Monatszeitschrift „Die Bürgergabe“ kündigt diese Gemeinschaft wertvoller Bücher, die seit ihrer von der Jurk der Deutschen Buchdruckerschaft bei der Auswahl der 50 besten Bücher des Jahres 1931 ausgezeichnet wurde, einige neue Werke an, ferner die Herabsetzung des Eintrittsgeldes von 75 auf 50 M. und die Neuerung, daß künftig alle Bücher in Schulumschlägen geliefert werden. Die erkaufte Leistungsfähigkeit der Bürgergabe Gutenberg hat trotz aller Schwierigkeiten bisher die Wirkung gehabt, daß diese kulturelle Organisation ihren Mitgliederstand nicht nur halten, sondern verbessern konnte. Die vorliegende Zeitschrift, die den Mitgliedern der Bürgergabe in jedem Monat kostenfrei zugeht, enthält einen Artikel, der besonders auf die neue Werkprämie „General und die Frauen“ von Walter Victor, Himmelf. Im übrigen bringt das Heft Erzählendes und Abbildungen.

„Gesundheit“, Nr. 4. Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137.

Waisierkampfschrift der Eisernen Front. Noch hebt die Säumer! Doch schwingt das Werkzeug! Wieder leuchtet uns hell der Mai! Die diesjährige reich ausgestattete und sowohl technisch wie künstlerisch hervorragende Waisier-Kampfschrift ist eine Kampfschrift geworden. Eine Kampfschrift für den Mai in der Eisernen Front! — Der Preis von nur 20 S. ist angesichts des Gebotenen als fabelhaft billig zu bezeichnen.

Storbefehle

Berlin. Am 11. April starb der Kollege Paul Köppen, geboren am 27. Februar 1869 in Berlin.

Dortmund (Ranstrop). Am 27. März starb unser junges Mitglied, der Kollege Willi Willumeit, im Alter von 22 Jahren. — Am 14. April starb unser langjähriges Mitglied, der Kollege Hermann Stahnke, im Alter von 54 Jahren an Lungenentzündung. Kollege Stahnke war 26 Jahre Mitglied. Er war in dieser Zeit stets rühriger Mitarbeiter.

Hannover. Unser Kollege Gustav Wawer starb am 9. April im Alter von 43 Jahren.

Leipzig. Am 13. April starb im Krankenhaus an einer Bauchfellentzündung unser Kollege Curt Jahn, 45 Jahre alt. — (Zahlstelle Grimma.) Unser langjähriges, treues Mitglied, der Maler Emil Becker, starb am 13. April im Alter von 65 Jahren.

Werdau. Am 11. März starb unser Kollege Paul Krügel im Alter von 41 Jahren, nach 13-jähriger Mitgliedschaft, an Lungenentzündung.

Ehre ihrem Andenken!